

PRESSE INFORMATION

Geschäftsstelle
Rathausufer 8
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 8 99 31 67
Fax: 0211 / 8 93 31 67
e-Mail: annette.steller@stadt.duesseldorf.de
www.spd-duesseldorf.de
Düsseldorf, 22.08.2006

Grundschulbezirke nicht auflösen

Bereits in der Ratssitzung am 9. März 2006 hatte die SPD-Ratsfraktion beantragt, eine Resolution gegen die Auflösung der Grundschulbezirke zu verabschieden, wie es in zahlreichen Kommunen und Kreisen in Nordrheinwestfalen parteiübergreifend geschehen ist.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes ist nun die Auflösung der Schulbezirke unvermeidlich, da die schwarzgelbe Landesregierung entgegen allen Expertenmeinungen an dieser Maßnahme festgehalten hat. Insbesondere die FDP erhofft sich durch die zu erwartende Selektion. So ist auch in Düsseldorf die FDP aktiv geworden, die Auflösung der Grundschulbezirke bereits auf den Beginn des Schuljahres 2007 vorzuziehen.

In der Ratssitzung am 24. August soll dies durch eine Verwaltungsvorlage beschlossen werden. Die SPD lehnt es ab, das durch alle Experten prognostizierte Unheil bereits ein Jahr früher über Düsseldorf hereinbrechen zu lassen. Neben den inhaltlichen Argumenten steht uns ein Verwaltungsverfahren bevor, das Eltern und Kinder verunsichern und die Schulen vor zahlreiche Probleme stellen wird. Das Anmeldeverfahren wird im Herbst ein vorläufiges sein, Zusagen können erst erfolgen, wenn entsprechende Schulkonferenz- und politische Beschlüsse (durch Bezirksvertretungen, Schulausschuss und Rat) zur Zügigkeit gefasst sind. Gegebenenfalls stehen für die Schulen mit zu wenigen Anmeldungen auch noch schulorganisatorische Maßnahmen an. Bis dies alles geregelt ist, bleiben die Familien im Ungewissen. Dazu kommen Änderungen im OGATA-Betrieb, die auch noch geplant und umgesetzt werden müssen und auch von der jeweiligen Schülerzahl beeinflusst werden.

Eine qualifizierte Profilbildung oder gar ein fundiertes Ranking für Grundschulen wird den Eltern sowieso bis 2007 (und wahrscheinlich auch bis 2008) als Entscheidungshilfen nicht angeboten werden können.

Ferner sollte das Intermezzo einer schwarzgelben selektiven Bildungspolitik als „Sommer“ Loch“ besonderer Art so kurz wie möglich gehalten werden, damit der nach der nächsten Landtagswahl zu reparierende Schaden so klein wie möglich bleibt.

Für Rückfragen steht Ihnen der schulpolitische Sprecher der Fraktion, Ratsherr Prof. Dr. Rudi Voller unter Tel. 0177 407 8122 zur Verfügung